

PRESSEINFORMATION

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 409/2021 · Co

15.10.2021

Städte und Gemeinden sind über die Situation von Kindern und Jugendlichen alarmiert

Bruchsal/Stuttgart. Bei der Herbsttagung des Sozialausschusses des Städtetags in Bruchsal befasste sich das Gremium ausführlich mit den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, insbesondere mit der Situation junger Menschen.

Lange Phasen des Homeschoolings und fehlende soziale Kontakte mit Gleichaltrigen bei Sport- und anderen Freizeitangeboten haben bei vielen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien Spuren hinterlassen. „Den Bedürfnissen dieser Gruppe müssen wir uns jetzt endlich zuwenden und ihre Situation in den Mittelpunkt unseres Handelns rücken“, so die durchaus auch selbstkritische Erkenntnis der Ausschussmitglieder, Bürgermeister und Oberbürgermeister aus den Mitgliedsstädten unterschiedlicher Größen.

Schon jetzt zeige sich signifikant häufiger als früher eine schlechte psychische Verfassung bei jungen Menschen – Kinder- und Jugendpsychiater hätten alle Hände voll zu tun, stationäre Einrichtungen seien voll. „Die aktuelle Situation der Kinder und Jugendlichen ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Vielen junge Menschen gingen durch die Corona-Pandemie Chancen für eine gesunde Entwicklung verloren. Wir müssen jetzt vielfältige Angebote machen und helfen, damit junge Menschen und deren Familien gute Zukunftsperspektiven haben,“ so Benjamin Lachat, Dezernent für Familie und Soziales beim Städtetag.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich daher einstimmig dafür aus, das Land aufzufordern, über die Weiterentwicklung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu sprechen und sich an den zu erwartenden Kostensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe angemessen zu beteiligen.

Die Kommunen erwarten eine entsprechende Berücksichtigung dieser Situation bei der künftigen Haushaltsplanung.

Weitere Themen waren unter anderem die frühkindliche Bildung, die Integration zugewanderter Menschen und weitere aktuelle Themen.